

Bundesamt für Energie
Abteilung Energieeffizienz
und erneuerbare Energien
Frau Laura Kopp
3003 Bern

28. November 2013

**Änderung der Energieverordnung: Umsetzung der Pa. Iv. 12.400 auf Verordnungsstufe
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrter Herr Direktor
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die EVP begrüsst den mit dem Entwurf bezweckten Abbau der KEV-Warteliste und unterstützt den Verordnungsentwurf grundsätzlich. Der Abbau der Warteliste ist notwendig, um die Glaubwürdigkeit der aktuellen Förderstrategie für die erneuerbaren Energien aufrecht zu erhalten, bis in einer zweiten Etappe der Energiestrategie vermehrt Lenkungsmodelle zur Anwendung gelangen.

Netzzuschlag erhöhen und auch ausschöpfen

Die EVP begrüsst die Erhöhung des maximalen Netzzuschlages von 1 auf 1.5 Rappen pro Kilowattstunde zur Förderung der erneuerbaren Energien. Allerdings muss sichergestellt werden, dass diese Mittel vollumfänglich ausgeschöpft werden. Heute besteht die Gefahr, dass Projekte, die in langwierigen Bewilligungsverfahren stecken, die Warteliste blockieren und die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausgeschöpft werden. Dies ist angesichts der vielen anstehenden Projekte unbedingt zu vermeiden, z.B. durch eine entsprechende „Überbuchung“ von Projekten seitens der Behörden. Die EVP steht zum angestrebten Gesamtkostendeckel, will aber, dass dieser auch ausgeschöpft wird.

Keine vollständige Rückerstattung des Netzzuschlags

Die EVP lehnt eine vollständige Rückerstattung des Netzzuschlags an stromintensive Unternehmen ab. Über den Netzzuschlag sollen künftig auch Massnahmen finanziert werden, die im Zusammenhang mit der mittelfristigen Stromversorgungssicherheit stehen, was auch im Interesse der betroffenen Unternehmen ist. Daher sollen weiterhin alle Unternehmen einen Basis-Netzzuschlag von beispielsweise 20% entrichten.

Vereinfachung bei kleinen PV-Anlagen, Gleichbehandlung von Solarstrom und Solarwärme

Die EVP unterstützt den Systemwechsel bei kleinen Photovoltaikanlagen (einmalige Investitionshilfe statt kostendeckende Einspeisevergütung). So werden die administrativen Prozesse vereinfacht und der KEV-

Fonds entlastet. Die EVP merkt an, dass Solarstrom und Solarwärme auf dem privaten bzw. gewerblichen Hausdach vom Staat grundsätzlich gleich behandelt und gefördert werden sollten. Dies weil die Solarwärme deutlich einfacher in dezentralen Kleinanlagen gespeichert werden kann, das Stromnetz nicht mit schwankender Energieproduktion belastet und weiter zur dringend notwendigen Dekarbonisierung der Heizwärme beiträgt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident
Heiner Studer



Generalsekretär
Joel Blunier